

Bund der
Strafvollzugsbediensteten
Deutschlands (BSBD)

Fachzeitschrift
für die Bediensteten des
Justizvollzugs

DER VOLLZUGS- DIENST



Jugend im Strafvollzug

Lesen Sie im Fachteil:

**Gesetzliche Regelung für den
Jugendstrafvollzug erforderlich**

4/5
Oktober 2006

Inhalt

BUNDESVORSTAND

Deutschland feierte, der öffentliche Dienst trauert	1
Jugendstrafvollzug muss gesetzlich geregelt werden	1
Gleich drei Gründe zum Feiern	2
Fachwoche Straffälligenhilfe	2
BSBD-Seminar topp aktuell – Terrorismus-Fachmann engagiert	2
Informationen zur Einführung des neuen Tarifsrechts am 1. November 2006	5

LANDESVERBÄNDE

Baden-Württemberg	7-14
Bayern	15-18
Berlin	-
Brandenburg	19-24
Bremen	-
Hamburg	-
Hessen	25-31
Mecklenburg-Vorpommern	30-31
Niedersachsen	31-34
Nordrhein-Westfalen	35-48
Rheinland-Pfalz	49-52
Saarland	53-55
Sachsen	56-60
Sachsen-Anhalt	61-63
Schleswig-Holstein	63-67
Thüringen	67-68

GRÜNE BLÄTTER

Gesetzliche Regelung für den Jugendstrafvollzug erforderlich	1
Leitsatz zum Urteil des Zweiten Senats	2-8



Mitglied im  **dbb beamtenbund und tarifunion**

Bundesvorsitzender:	Wolfgang Schröder, 66280 Sulzbach, Vopeliusstr. 3 a
Stellv. Bundesvorsitzende:	Ernst Steinbach, 71665 Vaihingen/Enz, Berengerstraße 12 Wolfgang Ploog, 20313 Hamburg, Postfach 304084 Friedhelm Sanker, 32052 Herford, Richard-Sprick-Weg 20 a Anton Bachl, 94315 Straubing, Königreichweg 24 Burghard Neumann, 14776 Brandenburg, Grüne Aue 19 a

LANDESVERBÄNDE:

Baden-Württemberg	Vors.: Ernst Steinbach Geschäftsstelle: 71665 Vaihingen/Enz, Berengerstraße 12
Bayern	Vors.: Anton Bachl 94315 Straubing, Königreichweg 24
Berlin	Vors.: Thomas Goiny Geschäftsstelle: 13509 Berlin, Schubartstraße 38
Brandenburg	Vors.: Willi Köbke 12689 Berlin, Geraer Ring 7 Geschäftsstelle: 14776 Brandenburg a. d. H., Grüne Aue 19 a
Bremen	Vors.: Jens Dackow 28239 Bremen, Karl-Krohne-Str. 27
Hamburg	Vors.: Klaus Neuenhüsges Geschäftsstelle: 20355 Hamburg, Holstenglacis 1
Hessen	Vors.: Uwe Röhrig 35516 Münzenberg-Gambach, Gebrüder-Grimm Str. 21b Geschäftsstelle: 65197 Wiesbaden, Rüdeshheimer Straße 20
Mecklenburg/Vorpommern	Vors.: Rita Bartel 18439 Stralsund, Franzenhöhe
Niedersachsen	Vors.: Willi-Bernhard Albers 49733 Haren Altharener Patt 8
Nordrhein-Westfalen	Vors.: Klaus Jäkel 33335 Gütersloh, Titusweg 32 Geschäftsstelle: 40476 Düsseldorf, Ulmenstraße 23
Rheinland-Pfalz	Vors.: Winfried Conrad 56112 Lahnstein, Rheinhöhenweg 6
Saarland	Vors.: Helmut Bettscheider 66119 Saarbrücken, Lerchesflurweg 37
Sachsen	Vors.: Hans-Peter Mutscher 01127 Dresden, Hammerweg 30
Sachsen-Anhalt	Vors.: Wolfgang Jänicke Jugendanstalt 06118 Halle, Wilhelm-Busch-Straße 38
Schleswig-Holstein	Vors.: Wilhelm Schulz 23812 Wahlstedt, Elmhorst 26
Thüringen	Vors.: Gerd Schulz 07958 Hohenleuben, Gartenstraße 4

Personalhaushalt 2007

BSBD fordert Personal und Verbesserung der Besoldungsstrukturen

Die öffentlich Bediensteten sind nicht die Melkkühe der Haushaltssanierer

Die Konjunkturlage in Deutschland hellt sich auf. Die Binnennachfrage zieht an und erreicht ein bislang unbekanntes Niveau. Finanzminister Linskens' Steuersäckel ist prall gefüllt. Damit sind zwar nicht alle finanziellen Risiken für den Haushalt 2007 gebannt, vor allem nicht die Rückführung der enormen Verschuldung des Landes. Indes gibt es keine Begründung mehr dafür, weiter allein bei den Bediensteten des öffentlichen Dienstes zu sparen. Der BSBD ist angesichts dieser Entwicklung in den Gesprächen mit den Vertretern aller politischen Kräfte im nordrhein-westfälischen Landtag in die Offensive gegangen. Schließlich steht die Landesregierung dem Strafvollzug im Wort. CDU und FDP haben in ihrem Koalitionsvertrag deutliche Verbesserungen zugunsten der Strafvollzugsbediensteten festgeschrieben, die jetzt realisiert werden müssen, soll die politische Absicht Wirklichkeit werden, den Strafvollzug unter Effizienzgesichtspunkten sinnvoll weiterzuentwickeln.

Die Rahmenbedingungen

Die personelle Situation im NRW-Strafvollzug ist seit Jahren angespannt. Mit Einführung der Budgetierung hat sich die Lage abermals verschärft. Dabei ist noch nicht genau abzusehen, welche Ursachen hierfür maßgebend sind. Könnte es ein gegenüber dem Finanzbedarf stärker als geplant reduziertes Budget sein? Hat der Strafvollzug womöglich nicht die ganze Summe dessen erhalten, was ihm zusteht? Wie dem auch sei, der BSBD wird wachsam darauf achten, damit der Strafvollzug tatsächlich auch das bekommt, was ihm gebührt und was er benötigt. Allein in den Jahren von 1999 bis 2006 ist die Belegkapazität in den NRW-Justizvollzugsanstalten um 600 Haftplätze ausgeweitet worden. Das hierfür an sich erforderliche Personal wurde leider nicht eingestellt. Der erhöhte Personalbedarf ist vielmehr durch weitere Arbeitsverdichtung aufgefangen worden. Nicht allein der Umstand, dass erforderliches Personal nicht eingestellt worden ist, verärgert die Kolleginnen und Kollegen. Auf die Palme bringt sie die Erkenntnis, dass in den zurückliegenden Jahren annähernd 300 Stellen in der Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes nicht besetzt worden sind, um geplante Teilprivatisierungen finanzieren zu können.

Die Beschäftigten im NRW-Strafvollzug fühlen sich ausgenutzt und im Stich gelassen. Von der neuen Landesregierung erwarten sie nicht weniger als eine Trendwende. Immer mehr Arbeit bei immer geringeren finanziellen Anreizen ist eine Gleichung, die auf Dauer nicht aufgehen und vom BSBD nicht akzeptiert werden kann. In den zurückliegenden drei Jahren haben die Strafvollzugsbediensteten mehr als 7 Prozent ihres Einkommens durch einseitige Sonderopfer eingebüßt, die ihnen die Politik zugemutet hat. Hiermit muss jetzt Schluss sein, sollen Frustration und Demotivation nicht noch weiter um sich greifen.

Trotz Verlängerung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich können derzeit über 200.000 Mehrarbeitsstunden weder fi-

nanziell noch durch Freizeit ausgeglichen werden. Dies ist ein deutlicher Beleg für die personellen Engpässe, insbesondere in der Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes. Verschärft wird diese Entwicklung noch durch den Umstand, dass aus dem Verwaltungsbereich als Folge des dort praktizierten Personalabbaus fortlaufend Aufgaben auf den allgemeinen Vollzugsdienst verlagert werden müssen. Interne und externe Berechnungen haben ergeben, dass in dieser Laufbahn und in der des Werkdienstes insgesamt ein Defizit von ca. 500 Stellen aufgelaufen ist.

Um im Bereich des Strafvollzuges, der als maßgebliche Säule der Inneren Sicherheit einen ebenso hohen Stellenwert wie die Polizei haben sollte, die Motivation der Beschäftigten nicht weiterhin unnötig aufs Spiel zu setzen, ist es dringend geboten, den Hebel umzulegen. Willkürliche Personalkürzungen müssen der Vergangenheit angehören.



Viel beschäftigt und ständig unter Zeitdruck nahm sich MdB Peter Biesenbach, Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, dennoch die erforderliche Zeit, um die BSBD-Forderungen zum Personalhaushalt 2007 ausgiebig und ergebnisorientiert mit den Vertretern der Landesleitung zu diskutieren.

Eine sachgerechte, an den Aufgaben orientierte Personalausstattung für den Strafvollzug ist das Gebot der Stunde.

Der Personalbedarf

Im Bereich des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes sind insgesamt Einstellungen in Höhe von mindestens 200 Stellen dringend erforderlich, um die Grundversorgung der Gefangenen sicherstellen und Personalbedarf mittelfristig abdecken zu können. Nur



Hinsichtlich der behandlungsorientierten Ausgestaltung des Vollzuges waren sich MdB Dr. Robert Orth (FDP) und BSBD-Landesvorsitzender Klaus Jäkel (li.) einig. Den Vorstellungen zur Übertragung vollzuglicher Aufgaben auf Private konnte der BSBD allerdings keine positive Seite abgewinnen.

durch einen solchen Personalzuwachs kann der Strafvollzug die Herausforderungen der Zukunft bestehen und dem weiteren Ansteigen der Mehrarbeitsstunden sachgerecht vorbeugen. Wird die eingetretene Arbeitsverdichtung nicht sukzessive abgebaut, sind psychische und physische Überforderungen vorprogrammiert, sodass mit erhöhten krankheitsbedingten Personalausfällen gerechnet werden muss.

Der **BSBD** fordert die Weiterbeschäftigung von **Angestellten im mittleren Verwaltungsdienst** mit einem bis zum 31.12.2007 befristeten Arbeitsvertrag. Nachdem die erhofften Synergieeffekte durch den Einsatz der IT-Technik bei weitem nicht in dem erwarteten Umfang eingetreten sind, ist eine Verlängerung der betroffenen Arbeitsverhältnisse um weitere zwölf Monate dringend geboten. Sollte dieser **BSBD**-Forderung nicht entsprochen werden, wäre die weitere Verlagerung von Verwaltungsaufgaben auf den allgemeinen Vollzugsdienst unvermeidbar. Negative Folgen für eine wirkungsvolle, behandlungsorientierte Ausgestaltung des Vollzuges wären die logische Konsequenz.

Notwendige Strukturverbesserungen

Der gehobene Vollzugs- und Verwaltungsdienst ist ganz übel dran. Mit dem Gesetz über die Feststellung des Haushalts des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002) wurde in Artikel IV die Überleitung von Beamtinnen und Beamten des gehobenen in den höheren Vollzugs- und Verwaltungsdienst im Justizvollzug beschlos-



MdL Dr. Ruth Seidl, rechtspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zeigte sich sehr an Fragen des Strafvollzuges interessiert. Mit den Vertretern der Landesleitung vereinbarte sie einen Informationstag, um sich allen aktuellen Problemen des nordrhein-westfälischen Strafvollzuges ohne Zeitdruck zuwenden zu können.



Gelöst und locker ging es zu, als BSBD-Vorsitzender Klaus Jäkel (li.) und MdL Harald Giebels, rechtspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, die gewerkschaftlichen Vorstellungen des BSBD für den Haushalt 2007 erörterten. Als besonders erfreulich wertete Jäkel die Verständigung über die Gegenfinanzierung der BSBD-Forderungen.

sen. Hiermit entsprach der Gesetzgeber einer **BSBD**-Forderung, die das Ziel verfolgte, die Spitzenämter in die nächst höhere Laufbahn zu überführen, um den leistungsstarken Nachwuchskräften des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes realistische Aufstiegsmöglichkeiten zu eröffnen. Dieses Ziel ist leider bislang nicht in dem angestrebten Umfang erreicht worden. Der **BSBD** hat die Landesregierung daher aufgefordert, die Obergrenzenregelung für die Laufbahn zu modifizieren, um den eingetretenen Beförderungsstau in den ersten beiden Beförderungsstufen der Laufbahn durch Schaffung von **mindestens 50 zusätzlichen Aufstiegsmöglichkeiten** aufzulösen. Nachdem das Land nach dem Abschluss der Föderalismusreform über die hierfür erforderlichen gesetzgeberischen Kompetenzen verfügen kann, hat der **BSBD** angemahnt, diesen Kompetenzzuwachs für eine sachgerechte Verbesserung der Besoldungsstrukturen in der Laufbahn des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes zu nutzen. Schließlich wird den Laufbahnangehörigen seit Jahren eine realistische, planbare Besoldungsstruktur vorenthalten. Hier sieht der **BSBD** dringenden Handlungsbedarf, um mittelfristig eine aufgaben- und leistungsangemessene Dotation der Kolleginnen und Kollegen durchzusetzen. Seit Jahren kämpft der **BSBD** für eine sachgerechte Bewertung der Spitzenämter in den **Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes**. Diese Ämter sind gegenwärtig nicht angemessen eingestuft, weil der Besoldungsabstand zu nachgeordneten Funktionen derzeit nicht gewahrt werden kann. Damit ist es unter finanziellen Gesichtspunkten völlig unattraktiv, die Spitzenämter „Leiter des allgemeinen Vollzugsdienstes“ oder

„Leiter des Werkdienstes“ anzustreben. Die Nachwuchsgewinnung gestaltet sich zunehmend schwieriger.

Der **BSBD** ist daher dafür eingetreten, die mit dem Haushaltsgesetz 1997 in die Bes.Gr. A 10 BBO übergeleiteten „Leiter/in des allgemeinen Vollzugsdienstes“ und „Leiter/in des Werkdienstes“ nunmehr in die Bes.Gr. A 11 BBO und die restlichen Funktionsinhaber von BesGr A 9 m.Z. nach BesGr A 10 BBO zu überführen.

Der **BSBD** hält es außerdem für zwingend geboten, die Überleitung von zunächst **18 „Leitern von Vollzugsgeschäftsstellen“, 19 „Verwaltern der Zahlstellen“ und 6 im IT-Bereich eingesetzten** hoch qualifizierten **Kräften des mittleren Dienstes** (DV-Dezernate, Systembetreuer) von BesGr A 9 bzw. A 9 m.Z. nach BesGr A 10 BBO mit dem Haushalt 2007 vorzunehmen. Damit würden die Funktionsinhaber endlich die gebührende Anerkennung für ihre verantwortungsvollen Tätigkeiten erfahren. Außerdem würde ein sachgerechter Beitrag geleistet, die Kolleginnen und Kollegen dauerhaft an den Vollzug zu binden. Bereits seit einigen Jahren zeichnen sich bei diesem Personenkreis deutliche Abwanderungstendenzen ab. Dabei kann der Vollzug auf die über Jahre ausgebildeten, besonders qualifizierten Beschäftigten nicht verzichten. Ein weiterer Aderlass würde sich bei der fortschreitenden Einführung von Softwarelösungen im Strafvollzug als ein gravierendes Qualitäts-hemmnis erweisen.

Teilprivatisierung verhindern

Es ist schon erstaunlich wie hartnäckig sich die Diskussion um diese Thema hält. Viele Parlamentarier scheinen das Vertrauen in den Staat und dessen Organe völlig verloren zu haben. Anders ist nicht

zu erklären, dass in kurzen zeitlichen Abständen immer wieder Forderungen nach der Privatisierung öffentlicher Aufgaben erhoben werden.

Dies sind die konkreten Auswirkungen einer neoliberalen Geisteshaltung, die vom Markt her denkt und alles, auch den Staat, nach seiner Funktion für den Markt bewertet.

Der Staat jedoch muss wehrhaft sein, sich um das Wohl der Gesellschaft kümmern, Lebensrisiken absichern und Inne-

re Sicherheit gewährleisten. Um diese Aufgaben sachgerecht und ohne profitorientierte Einflüsse wahrnehmen zu können, benötigt er eigenes Personal. Je machtvoller der Staat dabei dem Bürger gegenüber tritt, desto unabhängiger müssen die Vertreter des Staates sein.

Diese Forderung ist nur zu erfüllen, wenn die staatlichen Aufgaben durch Angehörige des öffentlichen Dienstes wahrgenommen werden.

In den Haushaltsverhandlungen haben

die BSBD-Vertreter daher bei allen Fraktionen vehement darauf gedrungen, von Teilprivatisierungen im vollzuglichen Kernbereich grundsätzlich abzusehen. Während die FDP durchaus auch Privatisierungspotentiale im Strafvollzug auszumachen scheint, bleibt die CDU bei ihrer Zusage, von der Übertragung vollzuglicher Aufgaben auf Wirtschaftsunternehmen absehen zu wollen. In dieser Hinsicht ist der CDU Standfestigkeit zu wünschen!

Fliedner-Medaillen zum fünften Mal verliehen

Internationale Stiftung zur Förderung von Kultur und Zivilisation ehrt Joseph Bausch-Hölterhoff, Anstaltsarzt der JVA Werl

Mecklenburgs moderne Jugendstrafantalt Neustrelitz, die am 28. März 2001 ihren Betrieb aufnahm, war im Mai 2006 Veranstaltungsort für die Verleihung der diesjährigen Theodor und Frederike Fliedner-Preise. Die Internationale Stiftung zur Förderung von Kultur und Zivilisation zeichnete eine Frau und fünf Männer für ihr besonderes Engagement zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Strafgefangenen aus. Dank der hervorragenden Organisation des Festaktes durch die Vollzugseinrichtung Neustrelitz fühlten sich die Preisträger, Laudatoren und weiteren Ehrengäste überaus wohl. Sie konnten sich bei einem Rundgang durch die Anstalt davon überzeugen, dass die konkrete Ausgestaltung des Jugendvollzuges das stete Bemühen erkennen lässt, optimale Rahmenbedingungen zu schaffen und wirksame Konzepte für die Wiedereingliederung junger Delinquenten zu realisieren. Für die fachkundigen Besucher war schnell klar: Der Jugendvollzug des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat 16 Jahre nach der Herstellung der staatlichen Einheit ein Niveau erreicht, das sich hinter dem der alten Bundesländer in keinsten Weise zu verstecken braucht.

Justizminister Erwin Sellering und Dr. Harald Preusker, Justizministerium Sachsen, warnten vor Fehlentwicklungen im Strafvollzug

Mahnende Worte fand der mecklenburg-vorpommersche Justizminister **Erwin Sellering (SPD)**, als er über die Gefahren



Es ist geschafft. Preisträgerin, Preisträger, Kuratoriumsmitglieder und Festredner stellen sich dem Fotografen. Von links: Dr. Harald Preusker, sächsisches Ministerium der Justiz, Josef Bausch-Hölterhoff, Nordrhein-Westfalen, Erwin Sellering, Justizminister MV, Gundula Schneidewind, Hessen, Dr. Klaus Koepsel, Organisationskomitee, Fritz Meyer, Niedersachsen, Detlef Benzin, Mecklenburg-Vorpommern, und Harald Schmid, Baden-Württemberg. Nicht im Bild: Wolfram Ilge, Sachsen.

der Kleinstaaterei im Strafvollzugsrecht sprach. Er bekannte sich in seinem Vortrag über die aktuelle justizpolitische Situation in Deutschland nachdrücklich zu den konzeptionellen Kernaussagen des Strafvollzugsgesetzes und äußerte die – im Ergebnis leider unbegründete – Hoffnung, dass die Bundeskompetenz für den Strafvollzug erhalten bleiben möge.

Sellering würdigte die Fortschritte, die sein Land seit der Wende im Bereich des Strafvollzuges gemacht habe. Gleichzeitig dankte er der Internationalen Stiftung zur Förderung von Kultur und Zivilisation für die Unterstützung beim Aufbau des erfolgreichen Programms „Gemeinnützige Arbeit statt Ersatzfreiheitsstrafe“. Mit Hilfe dieses Programms sei es gelungen, in einem beträchtlichen Umfang die kostenintensive Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen zu vermeiden. Hiervon profitiere jeder einzelne Betroffene, weil die schädlichen Folgen kurzzeitiger Freiheitsstrafen vermieden würden; aber auch die Gesellschaft habe von diesem Projekt einen hohen Kostennutzen.

Der Leiter der Strafvollzugsabteilung im sächsischen Justizministerium, **Dr. Harald Preusker**, befasste sich im Rahmen seines Vortrages mit den Veränderungen des europäischen Strafvollzuges nach dem „Zusammenbruch des Sozialismus“.

Er ging auf die gesellschaftlichen Umbrüche zu Beginn der 1990er Jahre und deren konkrete Auswirkungen auf die Gefängnisse in den betroffenen Staaten ein. **Preusker** verschwiegen nicht, dass derzeit noch oder schon wieder viele europäische Staaten weit davon entfernt sind, einen der Reintegration verpflichteten Strafvollzug zu entwickeln.

Beide Festvorträge hinterließen nachdenkliche Zuhörer, die sich fragten, ob das humanitäre Wirken der Fliedner-Preisträger künftig zu einem hoffnungslosen Unterfangen in einem immer unmenschlicher werdenden europäischen Strafvollzug wird? Positiv ist in dieser Hinsicht, dass es das besondere Anliegen des Stifters **Erich Fischer** ist und bleibt, das Engagement von Frauen und Männern für mehr Menschlichkeit im deutschen Strafvollzug auch künftig durch die Verleihung von Fliedner-Medaillen würdigen zu wollen.

Die Preisträger

Allen Preisträgern des Jahres 2006 ist gemein, dass ihnen die Theodor und Frederike Fliedner-Medaillen für ihr langjährig engagiertes Eintreten für mehr Menschlichkeit im deutschen Justizvollzug zuerkannt wurden.

Josef Bausch-Hölterhoff, vielen Lesern aus den WDR-Tatort-Krimis als Pathologe Dr. Roth bekannt, ist im Hauptberuf Anstaltsarzt in der JVA Werl. In dieser Eigenschaft wurde er in den Jahren nach der politisch gewollten Verschärfung des Strafrechts vermehrt mit dem Problem konfrontiert, dass die Straftäter in den bundesdeutschen Vollzugseinrichtungen immer älter werden. Das besondere Verdienst **Bausch-Hölterhoffs** besteht darin, die zwingend notwendige justizpolitische Diskussion über das menschenwürdige „Sterben im Knast“ angestoßen und geführt zu haben.

Da einige zu lebenslanger Freiheitsstrafe oder zu Sicherungsverwahrung verurteilte Sexualstraftäter kaum eine Chance haben, zur Bewährung entlassen zu werden, müssen sie sich auf das Altwerden und Sterben im Gefängnis einstellen. Gleichzeitig hat sich der Vollzug damit zu beschäftigen, welche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, um dieser Entwicklung unter humanitären Gesichtspunkten Rechnung zu tragen. Dass dieser Prozess langsam in Gang kommt, ist das Verdienst des Preisträgers. In **Josef Bausch-Hölterhoff**, dessen Engagement zunächst „justizpolitisch unerwünscht“ schien, haben die Betroffenen einen kämpferischen und streitbaren Fürsprecher gefunden.

Harald Schmid, Sonderschullehrer im baden-württembergischen Jugendstrafvollzug, widmet sich seit 1982 der beruflichen Qualifizierung von jungen Straftätern. Nicht nur an seinem Arbeitsplatz in der Justizvollzugsanstalt Ravensburg, sondern im gesamten Jugendstrafvollzug des Landes hat er maßgeblich dazu beigetragen, dass moderne Formen der beruflichen Bildung entwickelt wurden, die sowohl für lernschwache Jugendliche als auch für besonders begabte junge Menschen ein angemessenes Qualifizierungsangebot eröffnen.

Nach den Erkenntnissen der empirischen Forschung der Kriminologie gilt als gesi-



Nach gelungener Preisverleihung sorgte eine Bootsfahrt auf dem Zierker See für entspannte Atmosphäre.

chert, dass lediglich die berufliche Qualifizierung von jungen Straftätern geeignet und in der Lage ist, einen statistisch signifikanten Beitrag zur Rückfallvermeidung zu leisten. In diesem Sinne hat sich **Harald Schmid** um die Rückführung von Generationen junger Straftäter in ein straffreies gesellschaftliches Leben verdient gemacht.

Gundula Schneidewind arbeitete von 1988 bis 1998 ehrenamtlich als Kunsttherapeutin für die Gefangenen der baden-württembergischen Jugendstrafanstalt Adelsheim. Ihr Wirken war bei der Anstaltsleitung genauso geschätzt wie im Stuttgarter Justizministerium. Nach ihrem Umzug nach Hessen verlagerte sie ihre kunsttherapeutische Arbeit nach Weiterstadt in die dortige Vollzugseinrichtung für erwachsene Untersuchungsgefangene. Hier ist sie seit 1998 tätig. Die von ihr entwickelten therapeutischen Programme wenden sich sowohl an Personen mit erheblichen schulischen Defiziten als auch

an Gefangene mit besonderen sprachlichen und zeichnerischen Begabungen. Im Rahmen dieser therapeutischen Ansätze hat **Gundula Schneidewind** ihren Probanden neue Einsichten, Einblicke und Sichtweisen vermittelt.

Detlef Benzin, Justizvollzugsamtsinspektor und Hausdienstleiter im Therapiehaus der Jugendstrafanstalt Neustrelitz, engagiert sich seit 1979 im Strafvollzug. Nach der „Wende“ zeichnete sich **Benzin** als begeisterter Verfechter des Erziehungsgedankens im Jugendstrafvollzug aus. Vielen der ihm anvertrauten jungen Gefangenen ist **Detlef Benzin** zum „väterlichen Ratgeber und Wegbegleiter“ geworden.

Im Jahre 2003 gründete **Benzin** die Jugendlöschgruppe der Jugendanstalt Neustrelitz. Er bildete interessierte junge Gefangene zu Feuerwehrleuten aus. Zwischenzeitlich kann sich die Löschgruppe bei sportlichen Vergleichswettbewerben zwischen den einzelnen Wehren behaupten. **Detlef Benzin** warb für seine Ideen bei der Feuerwehr Neustrelitz und dem Technischen Hilfswerk, die der Löschgruppe kostenlos Uniformen, Ausrüstungsgegenstände und gar ein ausgesondertes Feuerwehrauto zur Verfügung stellten.

Wolfram Ilge betreute seit 1996 inhaftierte und entlassene Gefangene der Justizvollzugsanstalten Zwickau, Waldheim, Chemnitz und Plauen. Überzeugt von der Erkenntnis, dass ein behandlungsorientierter Strafvollzug seine Ziele nur in einem engen Netzwerk aller verfügbaren sozialen Dienste wird verwirklichen können, leistete **Ilge** aufreibende Überzeugungsarbeit, bis ein effektives System der Straffälligenhilfe aufgebaut war. Ausgehend von einer christlichen Grundhaltung baute er quasi „aus dem Nichts“ ein funktionierendes, wegweisendes Betreuungssystem auf, das stets den Menschen in den Mittelpunkt aller Überlegungen stellt. **Wolfram Ilge** hat sich für viele Betroffene als verlässlicher Wegbegleiter in schwierigen Lebenssituationen erwiesen.



Weitläufigkeit ist das bestimmende Merkmal der Jugendanstalt Neustrelitz. Durch die Fensterfront der Mensa fällt der Blick auf ein Unterkunftsgebäude. In der Bildmitte das Feuerwehrauto der Jugendlöschgruppe der JA Neustrelitz.

Fritz Meyer, Sicherheitsbeauftragter der Jugendanstalt Hameln, engagiert sich seit 1963 für einen erzieherisch ausgestalteten Jugendvollzug. Als Experte für Personalplanungen war er maßgeblich an der Entwicklung der baulichen Struktur für die 1982 in Betrieb genommene Jugendanstalt Hameln beteiligt. Anschließend wurde ihm die Leitung des allgemeinen Vollzugsdienstes der Einrichtung anvertraut. Dank seiner hohen Fachkompetenz, seines Engagements und seines nachdrücklichen Eintretens für die Weiterentwicklung eines effektiven Jugendstrafvollzuges erfolgte 1994 die Übernahme in den gehobenen Dienst. In seiner neuen Funktion war Meyer maßgeblich am Auf- und Ausbau eines niedersächsischen Konzepts der Personalbedarfsermittlung sowie zur Verbesserung der Beurteilungsrichtlinien für die Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes beteiligt. Den Preisträgern wurde seitens der Laudatoren Respekt, Bewunderung und Anerkennung zuteil. Die haupt- und ehrenamtlichen Leistungen der Geehrten, die vielfach nur unter Zurückstellung persönlicher Bedürfnisse und Wünsche erbracht werden konnten, haben ein Beispiel dafür gegeben, dass sich Strafvollzug und Humanität wechselseitig bedingen und keine Gegensätze sind. An der Festveranstaltung nahmen Bedienstete der Jugendanstalt Neustrelitz, inhaftierte Jugendliche sowie zahlreiche Ehrengäste teil. Durch

die Teilnahme vieler Repräsentanten aus Justiz und Justizvollzug der Bundesländer und des Bundesjustizministeriums wurde die Bedeutung der Preisverleihung nachdrücklich unterstrichen.

Dr. Jürgen Thomas, „Vater“ der Fliedner-Preise, viel zu früh verstorben

Ein Bericht über die Verleihung der Fliedner-Preise des Jahres 2006 kann nicht enden, ohne des Mannes zu gedenken, der am 22. Juni 2006 im Alter von nur 70 Jahren verstorben ist. **Dr. Jürgen Thomas** war viele Jahre lang der Repräsentant der Internationalen Stiftung zur Förderung von Kultur und Zivilisation. Ihm ist es zu verdanken, dass der Fliedner-Preis geschaffen wurde.

Der Stifter **Erich Fischer** hatte **Dr. Jürgen Thomas** die Idee unterbreitet, Personen zu ehren, die sich um einen menschlichen Strafvollzug verdient gemacht haben. Dieser griff diesen Anstoß auf und machte sich sogleich daran, in den bundesdeutschen Vollzugsbehörden und Ministerien um Unterstützung zu werben. Bei seinen Besuchen in diesen Einrichtungen diskutierte er die Frage, ob die Auszeichnung von Menschen sinnvoll sein könne, die ehrenamtlich oder als Vollzugsbedienstete Verbesserungen der Lebensbedingungen von Straf- und Untersuchungsgefangenen

bewirkt haben. Dabei stieß er anfänglich auf nicht geringe Skepsis bei führenden Strafvollzugsbediensteten in den Justizministerien der Länder. Doch davon ließ sich **Dr. Thomas** nicht beirren. Mit Beharrlichkeit, Argumentationsstärke und der erforderlichen Sturheit überwand er diese Skepsis und fand von Jahr zu Jahr zunehmende Unterstützung.

Im Kreise Gleichgesinnter bereitete **Dr. Jürgen Thomas** eine Satzung vor, die die Vergabe der Fliedner-Preise regelt. Im Jahre 1999 war das erste Etappenziel erreicht: In der sächsischen Strafanstalt Waldheim wurde der Festakt zur ersten Preisverleihung durchgeführt.

Der in Vollzugskreisen anfangs beargwöhnte Fliedner-Preis hat zwischenzeitlich allgemeine Anerkennung gefunden. Dr. Jürgen Thomas ist es gelungen, überzeugend für die Beweggründe und Ambitionen des Stifters Erich Fischer zu werben.

Wegen einer schweren Erkrankung war es Dr. Jürgen Thomas bereits im Mai 2006 nicht mehr möglich, der Preisverleihung in Neustrelitz persönlich beizuwohnen.

Sein allzu früher Tod wird Auswirkungen auf den deutschen Strafvollzug haben: ein engagierter Verfechter humanitärer Ideen ist verstummt. Sein Name bleibt jedoch dauerhaft mit der Etablierung der Fliedner-Preise verbunden.

Dr. Klaus Koepsel

Kleine Weisheiten

Viele Menschen wissen, dass sie unglücklich sind. Aber noch mehr Menschen wissen nicht, dass sie glücklich sind.



Albert Schweitzer, 14.01.1875 – 04.09.1965, dt. Arzt und Theologe

*



Was wir wissen, ist ein Tropfen; was wir nicht wissen, ein Ozean.

Isaac Newton, 04.01.1643 – 31.03.1727, brit. Philosoph und Mathematiker

*

Es ist nicht genug, zu wissen, man muss auch anwenden; es ist nicht genug, zu wollen, man muss auch tun.



Johann Wolfgang von Goethe, 28.08.1749 – 22.03.1832, dt. Dichter

Eine Investition in Wissen bringt noch immer die besten Zinsen

Benjamin Franklin, 17.01.1706 – 17.04.1790, US-Staatsmann, Ökonom und Naturforscher



*

Wer glaubt, etwas zu sein, hat aufgehört, etwas zu werden.

Philip Rosenthal, 23.10.1916 – 27.09.2001, deutscher Industrieller und Politiker

*

Das Vergleichen ist das Ende des Glücks und der Anfang der Unzufriedenheit.

Sören Aabye Kierkegaard, 05.05.1813 – 11.11.1855, dänischer Schriftsteller



*

Die höchste Form des Glücks ist ein Leben mit einem gewissen Grad an Verücktheit.

Erasmus von Rotterdam, 27.10.1469 – 12.07.1536, niederländischer Humanist

Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile.

Aristoteles, griechischer Philosoph



*

Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben.

Albert Einstein, 14.03.1879 – 18.04.1955, deutscher Physiker und Nobelpreisträger

*



Der Unterschied zwischen Gott und den Historikern besteht hauptsächlich darin, dass Gott die Vergangenheit nicht mehr ändern kann.

Samuel Butler, 04.12.1835 – 18.06.1902, englischer Schriftsteller, Philosoph und Essayist

*

Kein Problem wird gelöst, wenn wir träge darauf warten, dass Gott sich darum kümmert.

Martin Luther King, 15.01.1929 – 04.04.1968, amerik. Nobelpreisträger und Führer der Bürgerrechtsbewegung

Einkommensrunde 2006

Die Zeit der Sonderopfer ist vorbei

Strafvollzugsbedienstete fordern Anpassung der Besoldung an die allgemeine Einkommensentwicklung

Seit mehr als zehn Jahren sind die Anpassungen der Einkommen der Beamten fast immer hinter der Inflationsrate zurückgeblieben. Realer Kaufkraftverlust war die zwangläufige Folge. Allein durch die Verlängerung der Wochenarbeitszeit und die Beschneidung der Sonderzuwendungen haben die Strafvollzugsbediensteten im Durchschnitt mindestens sieben Prozent ihrer Bezüge eingebüßt. Damit muss jetzt Schluss sein. Die BSBD-Landesleitung hat deshalb den dbb nrw aufgefordert, von der Landesregierung eine am Tarifabschluss für die Angestellten der Länder orientierte Anpassung der Besoldung zu verlangen. Dieser Forderung ist der dbb nrw zwischenzeitlich nachgekommen.

Daneben ist die BSBD-Landesleitung selbst im politischen Raum aktiv geworden. Nachdem die Zuständigkeit für die Besoldungsanpassungen im Zuge der Föderalismusreform in Länderverantwortung übergegangen ist, sind die früher bekannten Hinhaltenanöver durch Verweis auf die Zuständigkeit des Bundes nicht mehr möglich. Landesvorsitzender **Klaus Jäkel** hat nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass vor allem die Beamten und Versorgungsempfänger des Strafvollzuges, die wie alle anderen Beschäftigten einen Anspruch auf die Anpassung ihrer Einkommen aufgrund der wirtschaftli-

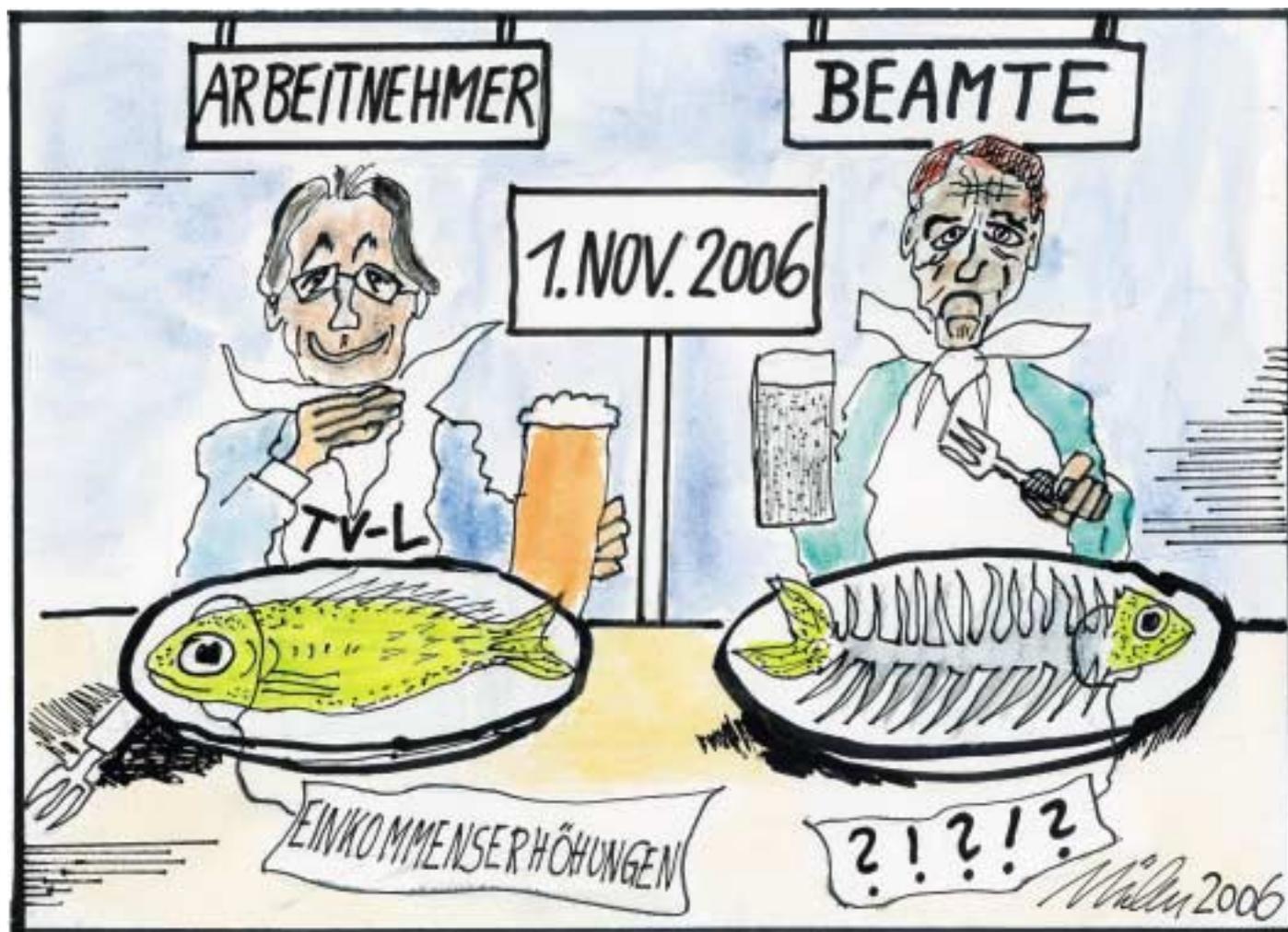
chen Gesamtentwicklung haben, nach der langen Durststrecke endlich wieder einen Einkommenszuwachs benötigen. „Auch wir Bedienstete des Strafvollzuges sind von der enormen Steigerung der Energie- und Treibstoffkosten und der Verteuerung der Lebenshaltung betroffen. Wir fordern daher von der Landesregierung die Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamten und Versorgungsempfänger!“ Der dbb nrw hat die Landesregierung und den Landtag NRW ebenfalls aufgefordert, den Tarifabschluss für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Landesdienst hinsichtlich Bezahlung und Wochenar-

beitszeit wirkungsgleich auf Beamtinnen und Beamte zu übertragen. Dazu gehören als wesentliche Bestandteile

- Einmalzahlungen für 2006 und 2007,
 - lineare Erhöhung der Bezüge ab 01.01.2008,
 - Gleichklang bei der Höhe des Weihnachts- und Urlaubsgeldes und
 - Anpassung der Wochenarbeitszeit.
- Als Sofortmaßnahme fordern BSBD und dbb nrw für 2006 und 2007 die Zahlung von Festbeträgen an die Beamtinnen und Beamten in Höhe von
- 910,00 Euro bis Besoldungsgruppe A 9
 - 610,00 Euro für die Besoldungsgruppen A 10 bis A 12
 - 310,00 Euro ab Besoldungsgruppe A 13 und
 - 300,00 Euro für Beamtenanwärter.

Bei den Versorgungsempfängern soll sich die Höhe der Festbeträge am persönlichen Versorgungssatz orientieren.

Diese Anpassung der Bezüge ist allein deshalb dringend erforderlich, weil die letzte Besoldungsanpassung aus August 2004 datiert. Damals wurden die Bezüge um lediglich 1 Prozent erhöht. Die Inflationsrate liegt allerdings zwischen 1,8 und 2 Prozent, die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab Januar 2007 um drei Prozentpunkte steht ins Haus und die Beiträge zur privaten Krankenversicherung werden steigen. Allein diese Positionen beeinflussen die



BSBD-Karikatur: Thomas Möbis

Heute schon gelacht?

Wissenschaftler ohne laufende Forschungsprojekte

Nach langer Debatte einigen sie sich, den Einfluss von Verstopfungen auf Säugetiere am Beispiel von Schweinen zu untersuchen. Sie beschaffen sich ein Schwein und verstopfen dessen Hinterteil mit einem Korken. Nun füttern sie das Schwein jeden Tag, wiegen und vermessen es. Nach einem Monat ist es groß wie eine Kuh!

Nicht, dass das Schwein Schäden davongetragen hätte. Es lebte, fraß und entwickelte sich prächtig. Für das Labor war das Schwein jetzt allerdings zu groß. Die Wissenschaftler entschieden, das Experiment in der Natur fortzuführen. Auch hier setzte sich der positive Entwicklungsprozess fort. Das Schwein gedieh weiter prächtig, so dass die Wissenschaftler entschieden, den Versuch abubrechen. Keiner der Wissenschaftler wollte jedoch den Korken entfernen. Also wurde der Entschluss gefasst, einen Affen für diese Aufgabe zu trainieren. Endlich war der Tag der Entscheidung gekommen. Mit Affen und Leiter begaben sie sich zum Schwein, das jetzt groß wie ein Elefant war, stellten den Affen auf die oberste Sprosse und entfernten sich. Nach 20 Metern meinte der erste Wissenschaftler, der Sicherheitsabstand reiche.

Die anderen beiden waren skeptischer und entfernten sich 40 bzw. 60 Meter weit. Als alle bereit waren, gab der erste Wissenschaftler dem Affen ein Zeichen. Der Affe entfernte den Korken und ein Schwall von Schweinemist ergoss sich über die Wiese, bis die Schuhe des dritten Wissenschaftlers beschmutzt waren. Unverzüglich befreite er seinen zweiten Kollegen aus dessen misslicher Lage. Gemeinsam machten sie sich daran, den dritten Wissenschaftler zu befreien, der bis zum Hals im Schweinemist stand. Als sie ihn erreichten, fanden sie ihn hysterisch lachend vor. Dies konnten sie nun überhaupt nicht verstehen und fragten ihn, als er sich etwas

beruhigt hatte, was denn so komisch daran sei, bis an den Hals im Schweinemist zu stehen. Darauf erwiderte der Wissenschaftler: „Ihr hättet mal den Gesichtsausdruck des Affen sehen sollen!“

Der kleine Unterschied

Worin besteht der Unterschied zwischen einem TH-Bauingenieur und einem FH-Bauingenieur? Ein TH-Bauingenieur baut eine Brücke. Die Brücke stürzt ein und er weiß genau warum sie eingestürzt ist. Ein FH-Bauingenieur baut eine Brücke. Die Brücke stürzt nicht ein und er weiß nicht genau warum.

Ein theoretischer Physiker, ein Experimentalphysiker und ein Mathematiker...

werden jeweils in eine Zelle gesperrt. Drei Tage lang bekommen sie nichts zu essen. Nach drei Tagen erhält jeder von ihnen eine Konservendose mit essbarem Inhalt.

Der Experimentalphysiker wirft die Dose gegen die Wand tritt darauf herum. Nach einer halben Stunde hat er es geschafft. Die Dose ist offen, er kann essen.

Der theoretische Physiker denkt nach, ritzt einige Gleichungen in die Mauer. Dann öffnet er die Dose mit einem gezielten Wurf.

Als hingegen die Zelle des Mathematikers geöffnet wird, findet man ihn auf seiner Pritsche sitzend vor. Ganz weltentrückt murmelt er: „Mal angenommen, die Dose wäre offen.....“.

Schwierige Veränderung

Der Richter zum Angeklagten: „Sie sollten langsam versuchen ein anderer Mensch zu werden!“

„Aber das habe ich doch bereits versucht. Es hat mir sechs Monate wegen Urkundenfälschung und Amtsanmaßung eingetragen!“

Realeinkommen von Beamtinnen und Beamten negativ und werden sie nochmals deutlich verringern. Dieser abermals drohende Einkommensverlust muss durch Realisierung der vorstehenden Forderung gestoppt werden. Der Landesregierung NRW eröffnen sich jetzt die einmalige Chance, die bestehende Gerechtigkeitslücke zwischen Tarif- und Beamtenbereich zu beseitigen.

Noch durch die Vorgängerregierung sind in 2003 durch Kürzungen von Gehaltsbestandteilen gravierende Einschnitte in die Besitzstände der Beamten vorgenommen worden.

Durch die amtierende Landesregierung wurde zur Haushaltskonsolidierung das Weihnachtsgeld in 2006 erneut stark gekürzt, obwohl vor der Wahl in dieser Hinsicht Enthaltensamkeit signalisiert worden war. Jetzt erwarten die Kolleginnen und Kollegen dringend eine Umkehr dieses Trends und eine angemessene Erhöhung der Besoldung. **BSBD** und **dbb nrw** werden die Landesregierung an ihren Taten messen und erwartet noch für 2006 ein deutliches Signal.

Die moderaten Forderungen von **BSBD** und **dbb nrw** sind auch aufgrund des Umstandes gerechtfertigt, weil die Beamtinnen und Beamten gegenüber den Tarifbe-



„Die Strafvollzugsbediensteten erwarten von der Landesregierung die Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich. Der Gleichklang der Statusgruppen muss gewahrt bleiben, dafür wird die BSBD-Landesleitung in den nächsten Wochen kämpfen“, beschrieb Landesvorsitzender Klaus Jäkel die Position der Strafvollzugsgewerkschaft.

schäftigten seit 2004 eine längere Wochenarbeitszeit (z.Z. 2,5 Std.) ohne Gehaltsausgleich hinnehmen müssen. Der fortwährende Hinweis auf die maroden Landesfinanzen ist als Begründung für die ständigen Zugriffe der Politik nicht mehr tragfähig.

Um die Finanzmisere des Landes in den Griff zu bekommen, müssen sich alle gesellschaftlichen Gruppen heran gezogen werden und nicht nur die Beamten, bei denen eine unheilvolle Kumulation der Belastungen zu beobachten ist. Jetzt müssen auch einmal die „starken Schultern“ etwas mehr zur solidarischen Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen.

Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautet, soll die Landesregierung NRW Bereitschaft signalisiert haben, auf die gewerkschaftlichen Forderungen von BSBD und dbb nrw einzugehen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Information auf harten, belastbaren Fakten beruht.

Die Landesregierung ist auf jeden Fall gut beraten, die Schere der Ungleichbehandlung von Tarif- und Beamtenbereich schnell zu schließen, soll nicht der Spaltpilz der Unzufriedenheit und Frustration Einzug in die nordrhein-westfälischen Amtsstuben halten.

BSBD-Karikatur: Thomas Möbis



Standortdiskussion um Großgefängnis beherrscht Kommunalpolitik in der Region Düsseldorf

Für den BSBD hat das Thema deutlich an Brisanz verloren, nachdem die Landesregierung sich dazu durchgerungen hat, auf die Teilprivatisierung des Anstaltsbetriebes zu verzichten. Die Gemeinden rund um Düsseldorf sind hingegen stark verunsichert und verwundert. Ihnen erschließt sich nicht, weshalb eine Errichtung auf Düsseldorfer Stadtgebiet nicht möglich sein soll. Schließlich ist es die Stadt Düsseldorf, die am meisten von der Aufgabe der JVA Düsseldorf profitieren würde, könnte sie doch über ein städtebauliches Filetstück für Neuanstellungen verfügen. Besonders die Ratinger Bürgerschaft ist alarmiert, soll doch die Haftanstalt für bis zu 845 Insassen weiter auf dem Gelände einer ehemaligen britischen Kaserne in Ratingen entstehen und die sanierungsbedürftige Ulmer Höh' in Düsseldorf sowie Anstalten in Oberhausen und Duisburg ersetzen.

Was dem Rat der Stadt Ratingen nicht einleuchtet ist die Dreistigkeit, mit der Oberbürgermeister **Erwin** einen Ersatzbau in Düsseldorf kategorisch ablehnt, aber gleichzeitig aus der Verlagerung der Ulmer Höh' Nutzen ziehen will.

Dies will man sich in Ratingen nicht bieten lassen, zumal man über deutlich geringere Expansionsflächen verfügt als die Landeshauptstadt.

Das Justizministerium bleibt mit den Kommunen im Gespräch und ist an einer einvernehmlichen Lösung interessiert. Unterstützt wird diese Haltung auch durch die Fraktionen des Landtags. Die Rechtspolitiker aller Parteien favorisieren

unisono den Standort Ratingen für die Errichtung einer Untersuchungshaftanstalt für den Großraum Düsseldorf. Sie betonen allerdings, dass bei unrealistischen Forderungen ein Konsens kaum möglich sei.

Heute schon gelacht?

Bestechende Logik

„Pflegt Ihr Freund Selbstgespräche zu führen, wenn er allein ist?“, fragt der Vernehmungsrichter die junge Zeugin.

Hiervon lässt sich der Rat der Stadt Ratingen allerdings nicht beeindruckt. Dieser verweist vielmehr darauf, dass die Stadt im Falle eines Verzichts auf wertvolle Gewerbeflächen einen finanziellen Ausgleich erwarte. Außerdem bestehe die Stadt darauf, dass die neue Vollzugseinrichtung nicht den Namen Ratingen tragen dürfe.

Der BSBD wird die weitere Entwicklung kritisch begleiten. Anzumerken ist allerdings, dass sich die Kommunen grundsätzlich klar darüber sein sollten, dass Gemeinschaftseinrichtungen einer Gesellschaft auch einen physischen Standort benötigen.

Insoweit können Standortfragen nicht nach dem Sankt-Florians-Prinzip entschieden werden.

„Ich weiß nicht, Herr Richter! Ich war noch nie bei ihm, wenn er allein war.“

Überraschende Erkenntnis

Was bedeutet es, wenn ein Jurist durch die Tür kommt?
Der Vampir hat seinen Sarg verlassen.

Glosse



Tach auch

Justus
V. Anonymus

Liebe Kollegen, ich weiß ja, ich bin ein alter Matscho, aber irgendwie jeht dat mir auf den Keks mit der ganze Feminismus in unsere Amtsprache. Geschlechtsjerechte Sprache nennt man dat. Überall wird jetzt ein „in“ dran gehängt. Also „liebe Kollegin, lieber Kollege“, oder schlimmer noch „liebe KollegInnen“. Dat schmerzt schon ein bisschen, wenn dat männliche „e“ von dem Kollegen einfach abrasiert wird. Dat is schon eine Art Kastration. Letzents sachte mal einer „Frau Doktorin Sowieso“ im Radio. Ich frach mich nur wie er Frau Doktor dann ansprechen will. Jender Mähnstriem heißt dat auf jut Neudeutsch. Ich hab mal im Eng-

Jender Mähnstriem

lischlexikon nachjekuckt, wat dat eigentlich heißt. Wörtlich übersetzen tut man dat mit „Geschlechtshauptstrom“. Da kansse ja nu jar nix mit anfangen. Sajen wer mal, der Jeschlechtshauptstrom jeht ja bis auf son paar verirrte



Schafe immer in die jleiche Richtung: Männlein sucht Weiblein und umjekehrt. Und irgendwie kommen die dann zusammen. Aber dat is hier, jlaube ich, nich jemeint.

Ich habe mal Im Internet nachjekuckt. Auf Wikipedia hab ich Foljendes jefunden: *Der Begriff Gender Mainstreaming: („Integration der Gleichstellungsperspektive“, „durchgängige Gleichstellungsorientierung,“) bezeichnet den Versuch, die Gleichstellung der Geschlechter auf allen gesellschaftlichen Ebenen durchzusetzen.*

Als Laiin der deutschen Sprache könnte Frau sagen, weibliche Begriffen brauchen nicht in männliche übertragen zu werden, nur umgekehrt. Ich hätte noch 'nen besseren Vorschlag: Wir könnten dat Amtsprach' geschlechtsneutral halten. Statt „Kollege“ sagt es dann einfach „liebes Kolleg“, aus „Justizvollzugsekretär“ wird „Justizvollzugssekret“, den „Anstaltsleiter“ machen wir zum „Anstaltsleiden“ Dann schreib ich demnächst an das Präsidium des Landesjustizvollzugsamtes über das Leiden des Justizvollzugsanstellen auf dem Dienstwerk. Schönen Tach noch un Tschökkes bis bald
Euer Justus V. Anonymus

Ein Leben für den Strafvollzug

Präsident a.D. Dr. Klaus Koepsel beging 70. Geburtstag

Es ist kaum zu glauben, dass seit dem Eintritt in den Ruhestand bereits fünf Jahre vergangen sind. Zu ausgefüllt sind die Tage des Jubilars, als dass er Langeweile verspüren könnte. Das vielfältige gesellschaftliche Wirken Dr. Klaus Koepsels spiegelte sich in den Grußworten, die anlässlich einer Feierstunde zu seinem 70. Geburtstag am 23. Juni 2006 gehalten wurden. Für den BSBD ist es eine besondere Freude, Dr. Koepsel für die sachkundige Gestaltung der Gewerkschaftsarbeit gewonnen zu haben.



Zum 70. Geburtstag von Präsident a.D. Dr. Klaus Koepsel (2. von rechts) gratulierten (von links) BSBD-Vorsitzender Klaus Jäkel, Klaus Gröner vom Justizministerium Nordrhein-Westfalen und BSBD-Ehrenvorsitzender Wilhelm Bokermann.

Während der Zeit seines Wirkens als Präsident des Justizvollzugsamts Rheinland hat **Dr. Koepsel** dem BSBD für zahlreiche Gespräche und Erörterungen zur Verfügung gestanden. Der stets offene und konstruktive Dialog, den **Dr. Koepsel** mit den gewerkschaftlichen Interessenvertretungen geführt hat, wurde immer von der Intention getragen, entscheidende Weichenstellung zur Weiterentwicklung des Strafvollzuges vorzunehmen. Die Erkenntnis, dass es auf die Motivation jener Kolleginnen und Kollegen ankommt, die den gesetzlichen Auftrag in der tagtäglichen Arbeit mit den Gefangenen umsetzen, hat **Dr. Koepsel** zu einem wenig Theorie lastigen Praktiker werden lassen.

So wirkte **Dr. Koepsel** als Dozent für Kriminologie ebenso erfolgreich wie als Leiter unterschiedlicher Vollzugsbehörden. Seine Funktion als Chef einer Mittelbehörde verstand er nie als abgehobene Aufgabe, die mehr mit Strategie als mit konkreter Vollzugsarbeit zu tun hat. Der Chef kümmernte sich deshalb oftmals persönlich um die praktischen Dinge des Vollzuges. **Dr. Koepsel** kannte sich in den ihm unterstellten Vollzugsanstalten oftmals besser aus, als dem einen oder anderen lieb war. Die praktische Umsetzung des gesellschaftlichen Auftrags, die Sicherheit der Allgemeinheit zu garantieren und straffällig gewordenen Mitbürgern neue Lebensperspektiven zu eröffnen, lag ihm ebenso am Herzen wie die Fortentwicklung der wissenschaftlichen Grundlagen des Vollzuges.

Seine herausragenden Leistungen in diesen Bereichen haben den Vollzugsexperten zu einem geschätzten Ratgeber für Lehre und Politik auch über die Zeit des aktiven Dienstes hinaus gemacht. Der Ru-

bestand hat es ihm ermöglicht, gerade diese Ratgeberfunktionen zu intensivieren und auszuweiten.

So ist er für den Strafvollzug auf europäischer Ebene ebenso unverzichtbar wie als Berater des brandenburgischen Justizministeriums. Als Vorsitzender der Einigungsstelle beim brandenburgischen Justizministerium wird sein stets auf fairen Ausgleich bedachtes Wirken sowohl seitens der Administration als auch seitens der Beschäftigten außerordentlich geschätzt. Als Mitglied des Kuratoriums der „Internationalen Stiftung zur Förderung von Kultur und Zivilisation“ ist er maßgeblich an der Vergabe der Fließner-Preise für beispielgebende humanitäre Leistungen im Strafvollzug beteiligt.

Daneben engagiert sich der Jubilar in zahlreichen Vereinen und Organisationen, und ist dabei nie nur ideell unterstützendes Mitglied. Wenn **Dr. Koepsel** von einer Sache überzeugt ist, dann engagiert er sich rückhaltlos und mit all seinen großen persönlichen Möglichkeiten. Von diesem Engagement hofft der **BSBD**, auch in Zukunft weiter profitieren zu können. Gewerkschaftschef **Klaus Jäkel** überbrachte die Glückwünsche des **BSBD**-Landesverbandes.

Er wünschte dem Jubilar ungebrochene Schaffenskraft, Vitalität, Lebensfreude und ein gleichbleibend unerschöpfliches Engagement für die Belange des Strafvollzuges.

Besuchen Sie uns im Internet

www.bsbd-nrw.de

Redaktionschluss

für die nächste Ausgabe

15. November

Heute schon gelacht?

Späte Rache

„Schau mal einer an, auf diese Stunde habe ich zwanzig Jahre gewartet!“ sagt der Verkehrsrichter zu seinem früheren Lehrer.

„Jetzt setzen Sie sich mal dort drüben hin und schreiben hundertmal: „Ich soll nicht über eine rote Ampel fahren!“

So kann's gehen

Heinrich, Gerd und Emil sind zum Vaterschaftsprozess vorgeladen. Heinrich: „Ich hab' da eine prima Idee! Wenn wir alle die Vaterschaft anerkennen, kann uns praktisch gar nichts passieren!“

Die beiden anderen stimmen begeistert und erleichtert zu. Als erster muss Heinrich vortreten: „Erkennen Sie die Vaterschaft an?“

Heinrich: „Jawohl, Herr Richter!“

Richter: „Die Verhandlung ist geschlossen.“

Verständigungsprobleme

„Zeuge, jetzt sagen Sie uns bitte: Wie drückte sich der Angeklagte aus?“

„Er sagte, er habe das Auto gestohlen.“

„Sprach er dabei in der dritten Person?“

„Nein, Herr Richter, wir waren allein.“

„Sie verstehen mich falsch. Ich möchte wissen, ob er nicht vielmehr gesagt hat: ‚Ich habe das Auto gestohlen.‘“

„Nein, Herr Richter, von Ihnen war überhaupt nicht die Rede!“

Technischer Vollzugsdienst diskutiert aktuelle Herausforderungen

Am 7. September 2006 traf sich unter der Leitung von Jörg Winkens (Heinsberg) der Arbeitskreis Technischer Vollzugsdienst in der Justizvollzugsanstalt Herford zu einem weiteren Informationsaustausch. Als Gast konnte Winkens den Fachschaftsvertreter des Werkdienstes des Landes Brandenburg, Kollegen Günter Krebs aus Wriezen, begrüßen. Seit sich die beiden Länder wechselseitig unterstützen, ist der regelmäßige Erfahrungs- und Meinungsaustausch bereits zur Normalität geworden.

lische als auch fachliche Gründe Landesweit die Laufbahn des Werkdienstes vorzuhalten, bei der die Meisterprüfung Einstellungsvoraussetzung ist, ohne sie in die berufliche Qualifizierung einzubinden, stellt nach Ansicht des **BSBD** eine Vergeudung von vorhandenen Personalressourcen dar. Der Vorsitzende des Arbeitskrei-

Als Vertreter der Landesleitung des **BSBD** war der für die Belange des Technischen Vollzugsdienstes zuständige Kollege **Friedhelm Sanker** (Herford) anwesend. Nachdem der Gewerkschafter die Anwesenden über die derzeitige Situation im Strafvollzug unterrichtet und über die aktuellen gewerkschaftspolitischen Themen informiert hatte, wandte man sich den spezifischen Belangen des Werkdienstes zu.

Ein besonderes Thema für die Mitglieder des Arbeitskreises war die erst kürzlich veranlasste (Neu-)Ausschreibung der beruflichen Bildung in der Justizvollzugsanstalt Heinsberg. Dazu zeigte Friedhelm Sanker den Anwesenden eindrucksvoll den Standpunkt des **BSBD** auf. Die Gewerkschaft tritt derzeit nachhaltig dafür ein, Administration und Politik für ihre Vorstellungen und Ansichten zu erwärmen. Nach Auffassung des **BSBD** muss die berufliche Ausbildung und Qualifizierung der Gefangenen wieder zu einer originären Aufgabe des Technischen Vollzugsdienstes werden. Hierfür sprechen sowohl fiska-



Jörg Winkens (re.) und Dieter Sturhahn wähen den Technischen Vollzugsdienst argumentativ gut gerüstet, um Administration und Politik von der Leistungsfähigkeit der Laufbahn zu überzeugen.



Blick in den Tagungsraum: Die Mitglieder des Tagungskreises diskutierten die aktuelle Lage der Laufbahn.

ses, **Jörg Winkens** (JVA Heinsberg), ergänzte: „Die Vorzüge des Werkdienstes im Vergleich zu externen Bildungsträgern liegen seit langem klar auf der Hand. Unsere von Haus aus vorhandene Qualifikation (allesamt Meister) ist stets unbestritten. Das Landesjustizvollzugsamt hat im Rahmen des angesprochenen Ausschreibungsverfahrens festgestellt, dass die berufliche Ausbildung im Strafvollzug durch Beschäftigte in der Laufbahn des Werkdienstes wesentlich kostengünstiger wäre als der Ist-Zustand“. Zu dieser Erkenntnis sei im Übrigen auch der Landesrechnungshof bereits vor Jahren gekommen, informierte **Winkens** weiter. Der **BSBD** hofft, dass die politischen Ent-

scheidungsträger die Gunst der Stunde nutzen, nun endlich den für die Ausbildungsqualität und die Kosten richtigen Weg einzuschlagen.

Jörg Winkens legte den Anwesenden anschließend die aktuellen AGIP-Zahlen vor. Diese Zahlen müssen laut Aussage des Landesjustizvollzugsamtes bis Ende 2008 realisiert sein. „AGIP „lebt“, wird ständig fortgeschrieben und angepasst“, erläuterte der Vorsitzende des Arbeitskreises die offizielle Haltung des Amtes.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung erarbeiteten und diskutierten die Mitglieder des Arbeitskreises Anträge, die sie im nächsten Jahr an den **BSBD**-Gewerkchaftstag in Münster richten wollen. Zu-

vor sollen die Anträge jedoch noch im Dezember in großer Runde mit den Vertretern der Fachschaften abgestimmt werden, ehe sie die Anträge endgültig beschlossen werden.

Günter Krebs und **BSBD**-Ehrenvorsitzender **Wilhelm Bokermann** stellten sodann die aktuelle Lage des Werkdienstes im Land Brandenburg dar. Als Kenner des brandenburgischen Strafvollzuges wies **Bokermann** auf die schwierige Situation der Werkdienstkollegen im Partnerland hin. Hier gerate die Laufbahn immer mehr in Bedrängnis, weil zunehmend versucht werde, externe Kräfte in den Vollzug zu holen. Damit werde der planmäßige Auf- und Ausbau der Laufbahn durch die Administration unterlaufen. Die Kollegen des Arbeitskreises waren sehr erfreut über das zufällige Erscheinen des **BSBD**-Ehrenvorsitzenden und beeindruckt von dessen gewohnt kämpferisch vorgetragenen Ausführungen. Dem Arbeitskreis präsentierte sich ein nimmermüder Streiter in Sachen Strafvollzug und Werkdienst.

Zum „Highlight“ des Tages wurde für Mitglieder des Arbeitskreises die Besichtigung der Arbeitsbetriebe der JVA Herford unter Führung des Werkdienstleiters und Mitglieds des Arbeitskreises **Dieter Sturhahn**. Die Teilnehmer waren beeindruckt von der Organisationsstruktur, der Ausrichtung der Betriebe (Primärausbildung) und der Motivation der Beschäftigten, was in Anbetracht einer nahezu 8jährigen Umbauphase und den damit einhergehenden zusätzlichen Belastungen gewiss nicht selbstverständlich ist. Es fand zudem ein reger Gedankenaustausch mit den Kollegen in den Betrieben statt. Abschließend galt **Dieter Sturhahn** der besonderer Dank für die Organisation der Veranstaltung und die herzliche Aufnahme.

Jörg Winkens, Vorsitzender des AK Technischer Vollzugsdienst

Lienhard Dreger in den Ruhestand verabschiedet

Die Uhr schlägt alle, so auch den Vizepräsidenten des Landesjustizvollzugsamtes Nordrhein-Westfalen. Am 30. Juni 2006 war es soweit: **Lienhard Dreger** nahm Abschied von einer Aufgabe, die ihm Herzensangelegenheit und Lebensinhalt geworden war. Die konkrete Ausgestaltung des Vollzuges war etwas, was den ganzen Mann forderte, um Menschen, die gefehlt haben, eine zweite Chance für ein selbst bestimmtes Leben ohne Straftaten zu ermöglichen. In Gegenwart von Verwandten, Freunden und Mitarbeitern ließ Präsident **Klaus Hübner** den beruflichen Lebensweg des scheidenden Beamten Revue passieren. Dabei sparte er nicht mit Lob für den Freund, der ihn in seiner Führungsverantwortung so unnachahmlich begleitet und unterstützt hat.

Lienhard Dreger, 1941 in Ostrowo geboren, verschlug es 1945 mit seinen Eltern in den Westen. Nach der Grundschulzeit trat er 1956 als Jungwerker in den Dienst der Deutschen Bundesbahn. Die Bahnhöfe Werl und Mönchengladbach gaben Arbeit, Brot und Ausbildung. Nach der Laufbahnprüfung für den einfachen Dienst folgte recht bald die Laufbahnprüfung für den mittleren nichttechnischen Dienst. Neben dem Beruf besuchte **Dreger** das Abendgymnasium und legte die Abiturprüfung erfolgreich ab.

Mit dem Wintersemester 1966/67 nahm er das Studium der Jurisprudenz in Münster auf, legte erstes und zweites Staatsexamen ab und bewarb sich anschließend für die Übernahme in den höheren Vollzugs- und Verwaltungsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen. Mit dem Inkrafttreten des Strafvollzugsgesetzes hatte **Lienhard Dreger** in diesem Tätigkeitsfeld seine berufliche Bestimmung gefunden. Nach Tätigkeiten in den Vollzugeinrichtungen Essen, Schwerte und Werl folgten die Stationen „Vollzugsamt“ und „Justiz-



Die aktive Dienstzeit ist abgelaufen. Stress und Termindruck sind vergessen, selbst bestimmte Ziele und Aktivitäten locken mit Freude und Befriedigung.



Das Landesjustizvollzugsamt war die letzte Wirkungsstätte von Vizepräsident Lienhard Dreger. Mit ihm verliert der Vollzug einen ausgewiesenen Vollzugsexperten, der ohne Abstriche dem Wiedereingliederungsgedanken und einem humanen Strafvollzug verpflichtet war.

ministerium“. Nach der Übernahme erster Führungsfunktionen in den Vollzugseinrichtungen Werl und Münster wurde ihm 1988 die Leitung der Sozialtherapeutischen Anstalt in Gelsenkirchen übertragen. Die Berufung zum Abteilungsleiter für Personal-, Organisations- und Verwaltungsangelegenheiten beim ehemaligen Justizvollzugsamt Westfalen-Lippe kam 1994 für all jene überraschend, die **Lienhard Dreger** als ausgewiesenen Behandler und Mann der Praxis kennen- und schätzen ge-

lernt hatten. Der sich anbahnende Veränderungsdruck, die Ressourcen des Vollzuges erwiesen sich als endlich, war so richtig nach dem Geschmack des Jubilars. Hier konnte er fachkompetent und überzeugend für die Binnenmodernisierung des Strafvollzuges streiten und kämpfen. Dabei war er ein Mann der leisen Töne, der sich mit Glaubwürdigkeit, Aufrichtigkeit und dem Mut zur klaren Entscheidung durchzusetzen wusste.

Mit der Zusammenlegung der beiden Vollzugsämter Rheinland und Westfalen-Lippe wurde **Dreger** 2002 zum Vizepräsidenten des Landesjustizvollzugsamtes ernannt, das aus dieser Fusion hervorging. Mit Elan und Gestaltungswillen widmete er sich anschließend dem Aufbau und der Ausgestaltung jener Verwaltungsstrukturen, die durch die Politik zwangsverordnet worden waren.

Dass das Landesjustizvollzugsamt nach nur vier Jahren und gerade hergestellter Leistungsfähigkeit vollständig aufgelöst werden soll, sorgt bei allen Betroffenen, so auch beim Jubilar, für Unverständnis, Enttäuschung und Resignation, weil diese politische Entscheidung das Engagement und den persönlichen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter missachtet.

In seiner Laudatio würdigte Präsident **Klaus Hübner Lienhard Dreger** als kenntnisreiche, fachkompetente, humanistischen Grundsätzen verpflichtete Führungskraft des Strafvollzuges. Er machte darauf aufmerksam, dass das Berufsleben des Jubilars untrennbar mit dem Aufstieg und Niedergang des Straf-

vollzugsgesetzes verbunden sei. Es sei tragisch mit ansehen zu müssen, dass sich derzeit eine Entwicklung abzeichne, die alle im Strafvollzug erreichten Entwicklungsschritte auf den Prüfstand und zunehmend in Frage stelle. In einigen Bundesländern werde bereits über den absehbaren Kompetenzzuwachs frohlockt und geplant, Wiedereingliederung und Sicherheit zu gleichwertigen Vollzugszielen zu erklären.

Eine solche Entwicklung sei kontraproduktiv und könne unabsehbare Folgen für den Strafvollzug haben. Für ein Umsteuern gebe es jedoch keinen Grund. Schließlich verfolge das Strafvollzugsgesetz das Ziel, Sicherheit durch Resozialisierung zu erreichen.

Für den Ruhestand wünschte Präsident Hübner dem Jubilar Kraft und Stärke für künftige Projekte und Aktivitäten, ob nun mit dem Europarat in Baku oder in einem spanischen Langzeitkurs in Sevilla.

„Ein Mensch ist alt, wenn er sich einen neuen Anfang nicht mehr vorstellen kann. Das genaue Gegenteil bist du, Lienhard. – Ich glaube nicht, dass du das, was du heute aufgibst, als Fessel weiter mit dir herumträgst. Aber auch dir wird ein Schmerz nicht erspart bleiben: Du wirst noch lange auf das zurückblicken, was du aufgegeben hast, du wirst immer wieder daran denken und den Strafvollzug und seine zukünftige Entwicklung verfolgen“, fand Präsident Klaus Hübner sehr persönliche Worte des Abschieds.

Anwärtersonderzuschlag gesichert!!?

Rechtsgrundlage für die Zahlung von Anwärtersonderzuschlägen ist § 63 des Bundesbesoldungsgesetzes. Die Höhe der Sonderzuschläge war bislang in einer Sonderzuschlagsverordnung geregelt. Für die Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes konnten Zuschläge in Höhe von 50 Prozent gewährt werden. Mit dem 6. Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften ist die Sonderzuschlagsverordnung aufgehoben und § 63 Bundesbesoldungsgesetz modifiziert worden.

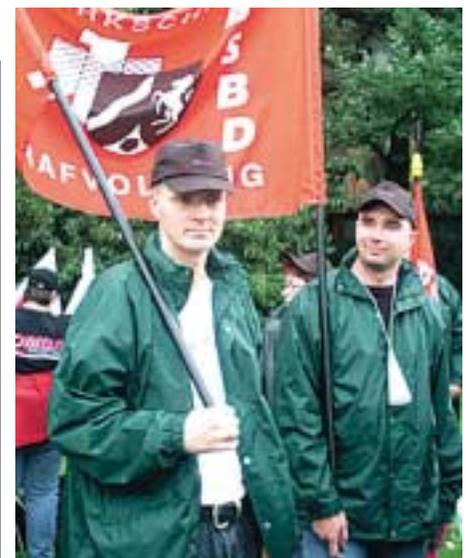
Nachdem es dem **BSBD** in den zurückliegenden Jahren gelungen ist, die Sonderzuschläge für die anwärtergespeisten Laufbahnen des Vollzuges zu sichern, ist die Landesleitung bereits frühzeitig an das Justizministerium herangetreten, um die Weitergewährung des Anwärtersonderzuschlages für die Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes zu sichern.

Auf der Grundlage des 6. Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften hat sich das nordrhein-westfälische Finanzministerium dafür ausgesprochen, die Gewährung der Sonderzuschläge in periodischen Zeitabständen zu überprüfen. Bislang hat sich das Finanzministerium damit einverstanden erklärt, den Anwärtersonderzuschlag bis zum 31. Dezember 2006 in Höhe von 50 Prozent des Anwärtergrundbetrages zu zahlen. Auf die kontinuierliche Überprüfung könne

angesichts der angespannten Haushaltslage jedoch nicht verzichtet werden. Wenn in ausreichender Zahl geeignete Bewerberinnen und Bewerber auch ohne Gewährung des Sonderzuschlages gewonnen werden könnten, dann müsse dieses Einsparpotential auch realisiert werden.

Nach den Erfahrungen der zurückliegenden Jahre hat der Strafvollzug in regional unterschiedlicher Ausprägung große Probleme, für die Besetzung seiner verfügbaren Stellen ausreichend qualifiziertes Personal zu finden. Die Streichung des Anwärtersonderzuschlages würde diese Situation zwangsläufig weiter verschärfen. Auch die hohe Arbeitslosigkeit hat den Vollzug nicht vor der Schwierigkeit bewahrt, nur in begrenztem Umfang geeignete Bewerberinnen und Bewerber für ein berufliches Engagement im Vollzug interessieren zu können.

Nach Auffassung des **BSBD** ist der Anreiz



Der Anwärtersonderzuschlag ist für ein weiteres Jahr gesichert.

eines „sicheren“ Arbeitsplatzes allein nicht ausreichend; es müssen vielmehr finanzielle Rahmenbedingungen hinzutreten, die den Bewerbern einen Berufswechsel ohne allzu große finanzielle Einbußen ermöglichen. Besonders im Bereich des Werkdienstes würden sich die Chancen, Meister für eine hauptberufliche Tätigkeit im Strafvollzug zu gewinnen, dramatisch verschlechtern. In diesem Bereich steht

der Strafvollzug in unmittelbarer Konkurrenz mit Industrie und Handwerk, wo – unabhängig von erforderlichen betriebspezifischen Qualifizierungsmaßnahmen – deutlich höhere Anfangsgehälter den Regelfall darstellen. Bewerbungen von arbeitslosen Meistern sind in den zurückliegenden Jahren eher die Ausnahme gewesen.

Dieser Personenkreis, so der **BSBD**, könne nur dann für eine Tätigkeit im Strafvollzug gewonnen werden, wenn ihm auch während der Zeit der Ausbildung eine Anwärterbesoldung geboten werde, die den Unterhalt einer Familie und die Finanzierung sonstiger Verbindlichkeiten auf bescheidenem Niveau ermögliche.

Die Suspendierung des Anwärtersonderzuschlages würde nach Meinung des **BSBD** in vielen Fällen dazu führen, dass Widerrufsbeamte **Anspruch auf Sozial-**



Der **BSBD** hat sich mit seinen Vorstellungen zum Anwärtersonderzuschlag weitgehend durchgesetzt, damit es im Strafvollzug aufwärts gehen kann!

hilfe hätten. Eine derartige Entwicklung müsse zwangsläufig abschreckend auf jene Bewerber wirken, die sich in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis befinden. **Zwischenzeitlich hat sich das Finanzministerium damit einverstanden erklärt, den Anwärtersonderzuschlag bis zum 31.12.2007 für die Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes zu zahlen.**

BSBD-Chef Klaus Jäkel zeigte sich befriedigt über die schnelle Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderung, warnte allerdings gleichzeitig vor zu kurzen Überprüfungsfristen: „Sowohl die Bewerberinnen und Bewerber als auch die Personalverwaltungen der Vollzugseinrichtungen benötigen Planungssicherheit hinsichtlich der finanziellen Rahmenbedingungen für die Nachwuchskräfte des Vollzuges.“

OV Detmold

Sommerausflug fand großen Anklang

Gemeinsam mit der Betriebssportgemeinschaft hatte OV-Vorsitzender Jörn Klaas mit seiner Mannschaft für den 19. August 2006 einen samstäglichen Ausflug organisiert. Der gecharterte Bus war schnell besetzt, die Verpflegung logistisch geschickt verstaut und auch die „bestellte Schönwetterfront“ ließ sich nicht lange bitten. Mit dem Bus nach Karlsruhafen, von dort mit dem Ausflugsdampfer zur Mafaktur Fürstenberg und später per Pedes den Weserquellflüssen entgegen sollte die Exkursion gehen. Gut trainiert für die absehbaren „körperlichen Strapazen“ und in aufgeräumter Stimmung nahmen die Kolleginnen und Kollegen diese Herausforderung an.

Bevor die Ausflugsgesellschaft Karlsruhafen erreichte, war zunächst eine körperliche Stärkung angesagt. Mitgeführtes Frühstück und verfügbare Getränke fanden bereits zu früher Stunde reißenden Absatz. Nach dieser deftigen Brotzeit machte sich Behaglichkeit und Wohlbefinden breit, sodass die Monotonie des Dieselmotors schon zu einem Nickerchen hätte einladen können. Doch diese Entwicklung hatten die Organisatoren augenscheinlich vorhergesehen, war doch bis zum Zwischenziel nur noch eine kurze Wegstrecke mit dem Bus zurückzulegen. Karlsruhafen, eigentlich Bad Karlsruhafen, ist

ein schmuckes Barockstädtchen im hessischen Weserbergland, das überwiegend vom Tourismus und als Soleheilbad von seinen Kur- und Wellness-Angeboten lebt. Seit 1838 ist Karlsruhafen Heil- und Kurort. 1977 wurde der Stadt der offizielle Titel „Bad“ verliehen. Seither boomt der Tourismus. Bei knapp 5000 Einwohnern bringt es die Stadt immerhin auf jährlich 40.000 Gäste.

Die Detmolder Vollzugsbeamten hatten zu relativ früher Stunde allerdings kaum einen Blick für die Schönheiten der Stadt. Sie waren vorrangig darauf fixiert, sich auf dem Sonnendeck des Ausflugsdampfers je



OV-Vorsitzender Jörn Klaas wirkt noch etwas skeptisch: „Hoffentlich wird das Wetter halten und nicht auf die Stimmung drücken!“

nach Gusto einen sonnigen oder schattigen Platz zu sichern. Ganz auf der sicheren Seite befand sich, wer seinen Platz je nach Wohlbefinden wechseln konnte. Nachdem die hektischen Minuten des Einstiegs überwunden waren, kehrte beschwingte Ruhe ein. Mit kaum wahrnehmbaren Antriebsgeräuschen glitt die „Karlsruhafen“ flussabwärts. Die meisten Teilneh-



Vor einer Bootstour ist eine körperliche Stärkung zwingend erforderlich.



Befreiendes Lachen ist ein absolutes Muss für eine Stimmung.





Gute Gespräche an der frischen Luft, was bedarf es mehr, um zufrieden zu sein?



Nach anstrengendem Fußmarsch ist eine kurze Rast nicht nur verständlich, sondern auch erlaubt.

mer wussten nicht, welche körperliche Herausforderungen noch auf sie warteten. Zunächst galt es aber, eine 90minütige Schiffstour ausgiebig zu genießen und mit jenen Kolleginnen und Kollegen, die man lange nicht gesehen hatte Anekdoten und Erinnerungen auszutauschen.

Vorbei an Beverungen, dem stillgelegten Kernkraftwerk Würzgassen und der Ortschaft Wehrden boten die weithin sichtbaren Bundsandsteinklippen mit ihrer Höhe von 100 Metern einen imposanten Anblick. Im Laufe der Jahrtausende hat die Weser ihr Flussbett tief in den Buntsandstein eingegraben und so sieben steile Felsenklippen geschaffen. In Fürstenberg verließen die Vollzugler die „Karlshafen“ um mit einem „Gewaltmarsch“ die Personenfähre in Herstelle zu erreichen. Trotz deutlich divergierender körperlicher Fitness zog sich die Wandertruppe nicht allzu sehr in die Länge. Es wurde ein Tempo angeschlagen, das nicht nur den „Konditionswundern“ die Konversation mit dem Nachbarn erlaubte.

In Herstelle wurde der Fluss mittels der erstmals 1432 urkundlich erwähnten Personenfähre gequert, nicht ohne sich zuvor mit einem Bier vom Fass erfrischt zu haben. Einige ängstliche Zeitgenossen hofften, die Fähre sei jüngerem Datums als ihre



Um nicht allzu sehr vom beruflichen Alltag abzuschweifen, war ein Vertreter der zu betreuenden Klientel allgegenwärtig.

erstmalige urkundliche Erwähnung. Auf der gegenüberliegenden Flussseite wartete anschließend ein kräftiges Mahl, um die zuvor verbrannten Kalorien unmittelbar zu ersetzen.

Nach dem Motto „Setze dich an das Ufer des Flusses und du wirst deine Feinde vorbei treiben sehen!“ war zum Abschluss die Beobachtung der ruhig dahin gleitenden Weser angesagt. Nicht dass keine weiteren Aktivitäten möglich gewesen wären, doch

angesichts der bereits bewältigten Anstrengungen gaben sich die Exkursions Teilnehmer damit zufrieden, ausführlich über ihre speziellen Erfahrungen mit Weser und Weserbergland zu berichten.

Nach der Rückkehr in Detmold war es die einhellige Auffassung aller Kolleginnen und Kollegen: Jörn Klaas und seine Mannschaft haben eine tolle Ausflugsfahrt organisiert, die nach einer Wiederholung im kommenden Jahr verlangt.



Die Miene des BSBD-Chefs wirkt deutlich entspannter, nachdem die wesentlichen Punkte des Programms problemlos abgespult worden sind.



Das stillgelegte Kernkraftwerk Würzgassen: nur noch eine Randnotiz der Geschichte.



Unter fachkundiger Führung fällt das Queren des Flusses besonders leicht.